

Parlamentarischer Vorstoss

2022/72

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Politische Neutralität in Baselbieter Schulen im Gesetz verankern
Urheber/in:	Christine Frey
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Bader Rüedi, Blatter, Dürr, Eugster, Lurf, Schenker, Schinzel
Eingereicht am:	10. Februar 2022
Dringlichkeit:	—

Politische Neutralität an Schulen ist wichtig und schützt Schülerinnen und Schüler vor staatlicher Beeinflussung. Im Kanton Basel-Landschaft wird der politischen Neutralität von Schulen in der Gesetzessammlung wenig bis keine Beachtung geschenkt. Gemäss Art. 62 Abs. 1 BV sind die einzelnen Kantone für das Schulwesen zuständig. Zahlreiche Verfassungen und Gesetze anderer Kantone schreiben explizit vor, dass Schulen politisch neutral sein müssen. Im Kanton Basel-Landschaft sucht man ein solches Gesetz oder eine solche Vorschrift vergeblich.

Die erwähnten Vorschriften zu politischer Neutralität in anderen Kantonen beziehen sich auf die Volksschulen sowie die Berufs- und Mittelschulen; Hochschulen sind davon ausgenommen. Diese Bestimmungen befinden sich auf Verfassungsstufe, zum Teil sind sie in Gesetzen verankert. Die Rechtsordnungen der folgenden Kantone enthalten entsprechende Vorschriften: Aargau, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Genf, Graubünden, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Waadt und Zürich. Hier stellt sich die Frage, warum im Kanton Basel-Landschaft keine solche Vorschrift besteht.

Eine gesetzliche Verankerung der politischen Neutralität ist Ausdruck des aufklärerischen Gedankens und schützt Schülerinnen und Schüler vor politischer Beeinflussung durch den Staat. Es ist wichtig, dass an Schulen politische Themen nicht einseitig betrachtet und Schülerinnen und Schüler unabhängig von der persönlichen Meinung von Lehrpersonen oder Schulleitung an eine Materie herangeführt werden. Zusätzlich ist entscheidend, die Meinungsfreiheit der jungen Bürgerinnen und Bürger im schulischen Umfeld zu schützen. Es gibt immer wieder Anzeichen dafür, dass Schulleitungen und Lehrpersonen ein Problem mit politischer Neutralität haben und Schülerinnen und Schüler mit ihrer eigenen politischen Meinung beeinflussen. Es ist jedoch nicht Aufgabe der Schulen, politische Ideologien zu verbreiten.

Im Rahmen einer Maturaarbeit der Kantonsschule Baden wurden 530 Schülerinnen und Schüler aus vier Aargauer Mittelschulen befragt. Das Ergebnis lässt aufhorchen: Die Befragten nehmen die Schulen nicht als politisch neutral wahr. In den Fächern Geschichte, Deutsch, Englisch oder Geografie sind ein Drittel oder mehr der Schülerinnen und Schüler der Auffassung, dass die Inhalte «eher links» geprägt sind. So bewerten beispielsweise rund 61,5 Prozent der Teilnehmenden ihre Deutschlehrpersonen als «links» oder «eher links». Nicht nur bürgerliche Schülerinnen und Schüler stellen diese Linkstendenz fest. Auch Befragte, die selbst eher links eingestellt sind, nehmen

den Unterricht als tendenziell linkslastig wahr. Es ist bedenklich, dass Lehrpersonen ihre politische Meinung im Rahmen des Unterrichts kundtun und diese nicht als solche deklarieren. Die Maturaarbeit hat auch herausgefunden, dass sich einzelne Schülerinnen und Schüler nicht mehr trauen, ihre Meinung zu äussern, weil dies soziale Konsequenzen oder schlechte Noten zur Folge hat. Es ist davon auszugehen, dass sich im Kanton Basel-Landschaft ein ähnliches Bild ergibt wie im Nachbarkanton Aargau.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, eine Vorlage zu erarbeiten, wonach die Verpflichtung zur politischen Neutralität und Ausgewogenheit beim Unterricht an den Baselbieter Schulen im Bildungsgesetz verankert wird.

Zusätzlich soll der Regierungsrat in dieser Vorlage aufzeigen, mit welchen Massnahmen und Instrumenten er sicherstellen will, dass die gesetzlichen Vorgaben auch tatsächlich umgesetzt werden.